



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2011

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 18/4670 zu Drucksache 18/4400

Inhalt des Antrags: **Wirksame Resozialisierung**

Einzelplan **05** Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Vollzugsanstalten
Buchungskreis: 2450

lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422 056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	91.217.100	+2.163.600	93.380.700

Sonstige Veränderungen:

Die Mittel werden aufgewendet, um 50 neue Stellen (A 7) im allgemeinen Vollzugsdienst zu schaffen.

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Resozialisierung. Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben in Freiheit zu führen (§ 2 Strafvollzugsgesetz). Wirksame Resozialisierung setzt u.a. die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte voraus. Dies geschieht sowohl durch Besuche von Freunden und Familie in der JVA aber vor allem auch durch Ausführung der Inhaftierten. Um dies in hinreichendem Maße sicherzustellen und zu ermöglichen muss genügend Personal vor Ort sein. Darüber hinaus sind regelmäßige Sportstunden in den JVA eine wichtiger Bestandteil der Resozialisierung. Es muss gewährleistet werden, dass Sportstunden nicht deshalb ausfallen, weil gerade das nötige Personal fehlt. Im Übrigen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des allgemeinen Vollzugsdienstes auch wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für die Inhaftierten. Um die Situation der Inhaftierten zu verbessern und die Bediensteten zu entlasten, ist eine Aufstockung des Personals angezeigt.

Wiesbaden, 30.11.2011

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende
Willi van Ooyen